

Dienstag, 14. Februar 2023 Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Tarzisius Caviezel
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 119 Mitglieder entschuldigt: Gredig
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Standespräsident Caviezel: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen? Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, darf ich um Ruhe bitten? Ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen, damit wir starten können mit dem nächsten Auftrag. Wir behandeln den Auftrag von Grossrat Rettich betreffend Erarbeitung einer kantonalen Sprachpolitik. Weil die Regierung den Auftrag überweisen, aber gleichzeitig als erledigt abgeschrieben haben möchte, entsteht automatisch Diskussion. Grossrat Rettich, ich übergebe Ihnen das Wort.

Auftrag Rettich betreffend Erarbeitung einer kantonalen Sprachpolitik (Wortlaut GRP 2/2022-2023, S. 237)

Antwort der Regierung

Die Regierung ist der Ansicht, dass der Kanton Graubünden sehr wohl über eine konsolidierte und effektive Sprachpolitik mit klaren Zielen und einer Strategie verfügt. Es gelten die Verfassung, das Sprachengesetz, die Sprachenverordnung, das Regierungsprogramm und die Leistungsvereinbarungen mit dem Bund und den Sprachorganisationen sowie deren Strategien. Hinzu kommt als strategisches Instrument der Regierung der Massnahmenkatalog, welcher in folgende Handlungsfelder gegliedert ist: Mehrsprachige kantonale Verwaltung; Fokussierung des Mitteleinsatzes auf den Bildungssektor; Governance; Medien und Digitalisierung; Sprachidentität; Territorialitätsprinzip und Massnahmen ausserhalb des traditionellen Verbreitungsgebiets. Die Mehrheit der Massnahmen befinden sich in Umsetzung oder sind bereits umgesetzt. Ein Teil der Massnahmen ist in die Leistungsvereinbarungen mit den Sprachorganisationen eingeflossen. Deren Hauptakzente im 2021–24 bilden die Diaspora, die digitale Transformation sowie der Medienwandel.

Das Jahresprogramm 2022 sieht bei der Sprachenförderung Ausgaben von rund 10,2 Mio. Franken vor. Mehr als die Hälfte der gesamten Sprachenförderungsmittel erhalten die Sprachorganisationen und Nachrichtenagenturen. In den vergangenen Jahren konnten zahlreiche Erfolge verbucht werden (nachfolgend eine Auswahl):

FMR und SDA-Keystone für Italienischbünden, Fachstelle Mehrsprachigkeit, Ausbau der Sprachkurse der Kantonalen Verwaltung, Gestaltungsrichtlinien für die Signaletik von kantonalen Gebäuden, Verbesserung des Internetauftritts der Dienststellen, Zusammenarbeit mit den zweisprachigen Kantonen, Institutionalisierung des Austauschs mit den Sprachorganisationen und Aufnahme der Sprachenfrage in die Personalverordnung. Weiter sind erstmals Leistungsaufträge an die privaten Mittelschulen erteilt worden, gemäss welchen die Förderung der kantonalen Mehrsprachigkeit zu berücksichtigen ist (mit Immersionsfächern in RM oder IT).

Auch zu erwähnen ist das Projekt DistanCE-Learning. Die PHGR wurde beauftragt, eine Rekrutierungsstrategie für rätoromanisch- und italienischsprachige Studierende zu erarbeiten und die mehrsprachige Ausbildung weiter zu fördern. Im Volksschulbereich werden fortlaufend Lehrmittel in den romanischen Idiomen und Italienisch bereitgestellt und es gibt eine Koordinationsstelle für Schüleraustauschprogramme. Bei Botschaften ist das Wichtigste in Kürze neu dreisprachig und die Simultanübersetzung im Grossen Rat wurde beschlossen. Aktuelle Schwerpunkte des Kantons sind u. a. die Prüfung von Massnahmen zu Gunsten der Medien Italienischbündens, Arbeiten im Bereich Digitalisierung (Strategia digitala rumantscha) sowie die Einrichtung eines Sprachzentrums an der PHGR (Sprachkurse und Sprachzertifikat), die Teilrevision der Sprachenverordnung, die Einführung eines Sprachenförderungskodex, die Schaffung eines dreisprachigen Staatskundelehrmittels und die Einführung eines dreisprachigen Corporate Designs. Bereits in Umsetzung ist u. a. die Sensibilisierung von privatwirtschaftlichen Unternehmen für die Dreisprachigkeit. Im Weiteren hat die Lia Rumantscha 2021 ein Strategiepapier verabschiedet, welches die Anliegen gemäss «Manifesto GR3» der Sprachgruppen des Grossen Rats sowie die im Auftrag Rettich angesprochenen Bereiche mitberücksichtigt. Nicht zuletzt gab und gibt es erfreulicherweise zahlreiche Initiativen zur Förderung des Romanischen und Italienischen, etwa im digitalen Bereich (Übersetzungs- und Korrekturprogramme, Wörterbuch-App), in Form einer reichhaltigen Kulturproduktion (Theater, Musik, Literatur u. a.) sowie zu Gunsten der Diaspora (Vereinsgründungen, Sprachunterricht und Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche). Den

Vorwurf der fehlenden Führungsverantwortung lässt die Regierung nicht gelten. Entgegen dem Vorhalt im Auftrag ist die Regierung bei der Förderung der Dreisprachigkeit in den letzten Jahren strategisch und operativ sehr aktiv gewesen und hat viele wichtige Massnahmen zum Schutz und zur Förderung der Dreisprachigkeit umgesetzt. Anstatt eine weitere Strategie zu erarbeiten, wird es als zielführender erachtet, die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen in die Umsetzung der verschiedenen, bereits aufgelegten Massnahmen und die Entwicklung neuer konkreter Massnahmen basierend auf dem Massnahmenkatalog einzusetzen. Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen und als erledigt abzuschreiben.

Rettich: Also erstmal, ich habe grosse Lust auf den Besuch in Davos und möchte darum gar nicht allzu lange sprechen. Einige Ausführungen zum Vorgehen möchte ich aber dennoch kurz machen. Woher stammt dieser Auftrag? In den vergangenen Jahren wurde eine Menge über die Mehrsprachigkeit in unserem Kanton gesprochen und diese Diskussionen waren wichtig und nötig. Was die Mehrsprachigkeit in unserem Kanton jetzt allerdings braucht, sind keine Worte, sondern das sind Verbindlichkeiten. Daher ist es erfreulich, dass die Regierungsbereitschaft bereits diverse Schritte aufzeigt, welche aktuell laufen und schon gelaufen sind. Einige Fragen bleiben aber dennoch offen. Beispielsweise, welche Fristen oder welche langfristigen Ziele haben Sie sich in ihrer Strategie gesetzt? Oder mit welchen konkreten Massnahmen soll das Ziel einer mehrsprachigen Verwaltung erreicht werden? In der Antwort der Regierung wird von 10,2 Millionen Franken für die Sprachförderung gesprochen. Rund die Hälfte geht an die Sprachorganisationen. Es wäre interessant zu wissen, wo die andere Hälfte exakt landet oder was damit geplant ist. Regierungsrat Parolini konnte im Vorfeld der Debatte sehr nachvollziehbar darlegen, was der Kanton in Sachen Sprachpolitik plant und tut. Es wäre der Sache sicherlich zuträglich, wenn Sie einige dieser Überlegungen auch hier im Parlament machen könnten und einige genauer ausführen würden. Und aufgrund dieser Ausführungen bekämpfen wir auch den Antrag der Regierung, den Vorstoss zu überweisen, gleichzeitig aber abzuschreiben, nicht, sondern vertrauen auf ihr Engagement und wollen Doppelspurigkeiten vermeiden. Denn uns geht es um die Sprachen und uns geht es um unser Zusammenleben und unsere Identität. Und ganz konkret geht es darum, dass die Ressourcen im Bereich der Sprachförderung zielgerichtet eingesetzt werden. Ausstellungen in Bern, die sind schön und wichtig für die Aussenwirkung unseres Kantons. Doch im Kanton selbst, dort benötigen wir andere Massnahmen. Noch immer ist unsere Verwaltung nicht dreisprachig. Noch immer werden Stellen auch in Regionen in Italienischbünden auf Deutsch ausgeschrieben. Und das ist keine gelebte Mehrsprachigkeit und in meinen Augen auch nicht akzeptabel. Und Sie sehen, ich bin gespalten und dennoch möchte ich der Regierung Rückenwind geben. Solche Dinge sind es jedoch, ja wegen welcher ich auch und auch unsere Fraktion die Augen offengehalten werden. Gleichzeitig ist es erfreu-

lich zu lesen, dass anscheinend ein klarer Fahrplan besteht und ich bin gespannt auf die Ausführungen des Regierungsrats.

Der Erstunterzeichner unterstützt den Antrag der Regierung.

Standespräsident Caviezel: Gibt es Wortmeldungen aus dem Plenum? Ja. Grossrat Michael, Sie haben das Wort.

Michael (Castasegna): Io vorrei fare un breve intervento su questo argomento. L'incarico Rettich è nato per cercare di sottolineare le azioni che sono state fatte in passato, in questi ultimi anni, in questi ultimi mesi e per cercare di fare direi un po' di pressione amichevole sul Governo nell'attuazione delle misure necessarie per diventare realmente un Cantone trilingue. Lo siamo per Costituzione, non lo siamo in realtà, non lo siamo mai stati veramente in realtà e nel funzionamento delle nostre istituzioni. Due anni fa la deputazione di lingua italiana e la Gruppo rumantscha hanno presentato il manifesto per il trilinguismo del Cantone dei Grigioni con l'obiettivo reale di dare in qualche modo un contributo costruttivo e cooperativo all'indirizzo del Governo, all'indirizzo dell'Amministrazione cantonale, affinché si cerchino delle soluzioni, delle proposte possibilmente attive da un lato ma possibilmente anche coerenti con quelli che sono i bisogni del territorio, i bisogni dei cittadini all'interno del nostro Cantone. Personalmente ritengo e condivido quanto scritto nella risposta del Governo che mai si è fatto così tanto come in questi ultimi anni. Quindi io vorrei esprimere da un lato un complimento al Consigliere di Stato Parolini, al Governo per le azioni che sono state messe in atto e che attualmente sono in fase di attuazione. Però non vorrei dimenticare che per arrivare a ciò è stato necessario già da molto tempo intervenire con varie forme di pressione, di analisi, di incoraggiamento da parte del Parlamento e non solo. Quindi esiste un'esigenza di migliorare la situazione. Vediamo, notiamo che il Cantone sta facendo, ci aspettiamo comunque che non ci si sieda sugli allori e che si attenda che succeda qualcosa ma che ci sia una pianificazione mirata, concreta e che questa attuazione venga anche portata avanti nel migliore dei modi. Quindi io ringrazio per la risposta, ringrazio soprattutto per il lavoro che state facendo attualmente, che il Governo sta facendo, ma vi rendo attenti che non siamo alla fine ma siamo all'inizio di un percorso che è necessario ed è necessario proseguire.

Saratz Cazin: Scu prüm am sto que eir a me a cour dad ingrazcher a la Regenza e tuot las collavuraturas e tuot ils collavuraturers coinvouts per tuot lur sforzs ch'els faun mincha di per las minoritads linguistics in noss chantun. Scu chi's pudeiva ler illa resposta da la Regenza d'eiran ella e nossa administraziun scu cha eir il grand cusglier Michael ho dit, fich activs per rinforzer la trilinguited in noss chantun. Eau am permet però listess da fer auncha l'ün'u l'otra remarcha.

Als Gemeindepräsidentin einer Gemeinde in der einzigen dreisprachigen Region unseres Kantons ist mir die Bedeutung der Mehrsprachigkeit sehr bewusst. Auch sind mir die Herausforderungen, welche ein mehrspra-

chiges System mit sich bringen, bestens bekannt. Sei dies im Bildungssystem, in der Kommunikation mit der Bevölkerung oder aber auch im Austausch mit den Nachbarn. Die Mehrsprachigkeit vereinfacht unser Leben nicht immer. Klar ist aber auch, dass Sprache Identität ist und daher die Pflege der verschiedenen Sprachen absolut entscheidend ist. Es ist hier sehr positiv zu nennen, dass sich die Regierung unseres Kantons und auch die Verwaltung dieser Thematik sehr bewusst sind und auch bereit sind, diese Herausforderungen anzunehmen und Massnahmen bereits heute ergreifen.

Gleichzeitig erlaube ich mir aber, einzelne in der Antwort genannten Massnahmen in ihrer Wirksamkeit zu hinterfragen. So bin ich der Meinung, dass die Durchführung von Sprachkursen in der kantonalen Verwaltung zwar sehr löblich ist, diese aber wohl hauptsächlich zum Bewusstsein für die Mehrsprachigkeit beiträgt. Dass alleine solche amtsinternen Sprachkurse dazu führen, dass alle unsere Einwohnerinnen und Einwohner in ihrer Muttersprache mit der Verwaltung wirklich kommunizieren und fachlich und sachlich diskutieren können, wage ich zu bezweifeln. Und genau hier herrscht meiner Meinung nach noch etwas Nachholbedarf. Ich erlaube mir hier ein Beispiel aus meiner Tätigkeit vorzubringen. Anfang dieses Jahres waren wir eingeladen für einen Workshop in Pontresina zum Thema grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Region Lombardei. Durchgeführt zwar von der FH Graubünden, nicht vom Kanton selbst, aber doch in dessen Auftrag. Von den Teilnehmenden waren wir zu zweit, die romanischer und/oder deutscher Muttersprache waren, der Rest waren Vertreter der Valposchiavo und der Bregaglia, also Teilnehmer mit italienischer Muttersprache. Der Herr, welcher dann den Workshop geleitet hat, sprach und verstand aber noch nicht einmal ein einziges Wort Italienisch. Er hat netterweise eine Kollegin mitgebracht, welche dann hätte übersetzen können. Aber wir wissen alle, in der Realität ist es dann nicht wirklich so. Fakt ist dann, die italienischsprachigen Teilnehmenden mussten sich einer Fremdsprache bedienen, um sich im Workshop einbringen zu können. Bezeichnenderweise war eine Erkenntnis des Workshops, dass die für verschiedene Regionen existenzielle Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Graubünden und der Regione Lombardia gerade auch unter den noch bestehenden sprachlichen Barrieren zwischen unserer Verwaltung und unserer italienischen Nachbarregion zu leiden scheint.

Sie sehen, Bewusstsein für die Thematik alleine reicht also leider nicht immer aus. Entscheidend ist mitunter die genügende Vertretung der Sprachminderheiten in den verschiedenen Ämtern und Positionen unseres Kantons und darum bitte ich die Regierung, in der Umsetzung ihrer Massnahmen nicht nachzulassen, gerade auch, was die Rekrutierung von italienisch- und romanischsprachigen Mitarbeitenden betrifft. Ich weiss, kein leichtes Unterfangen. Grazcha fìch per tuot la lavur chi vegn fatta ed eau sun a fin.

Beeli: Jeu sundel leda da ver romontsch sco lungatg-mumma. In scazi cultural che nus romontschs stuein mantener e tgìrar. Il romontsch vegn bein enqualga

emblidaus e perquei vein nus il duer dad esser attents ed er da far attents.

Um die Sprachenminderheiten zu erhalten, müssen die Sprachen vor allem gesprochen werden, aber auch gepflegt und gefördert. Die Antwort der Regierung beinhaltet viele Umsetzungen und Massnahmen, welche ich sehr begrüsse. Heute bin ich der Meinung, dass die Verantwortlichen bei der Umsetzung dieser Massnahmen und Projekte weiterarbeiten, dass wir diese weiterarbeiten lassen sollen. Ein neues Konzept, neue Sprachstrategien zum jetzigen Zeitpunkt wären kontraproduktiv. Darum bitte ich Sie, den Antrag der Regierung zu überweisen.

Standespräsident Caviezel: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr aus dem Plenum und übergebe nun Regierungsrat Parolini das Wort.

Regierungsrat Parolini: Herzlichen Dank für die Diskussion. Ich mache sehr gerne einige Ausführungen, möchte aber nicht wiederholen, was in der Antwort bereits steht. Denn in der Antwort steht bereits sehr viel, was wir in den letzten Jahren gemacht haben. Aber während meinen Ausführungen wird es doch gewisse Überschneidungen geben. Aber nehmen Sie sich das nochmals zu Gemüte, was in der Antwort steht und dann sehen Sie, dass wir viel weiter sind als eine Strategie auszuarbeiten. In der Regel wird zuerst eine Strategie ausgearbeitet und nachher werden Ziele festgelegt und dann geht man langsam in die Umsetzungsphase. Wir sind mittendrin in der Umsetzungsphase, noch nicht am Schluss, das wird sogar eine Daueraufgabe sein und bleiben, aber auch bei den meisten Massnahmen, die wir initiiert haben, sind wir noch nicht am Schluss, sondern mittendrin. Ich habe den EKUD-Vorsitz seit dem Jahre 2019 und da kam gerade der Bericht des Bundesamts für Kultur, der Evaluationsbericht, den das Amt in Auftrag gegeben hatten beim Institut in Aarau. Wir haben diesen Bericht analysiert. Das war auch Grundlage für die neue Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton und dem Bund. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der verschiedene Vertreter aus fast allen Departementen involviert waren, denn die Verwaltung ist sehr stark von einigen Massnahmen betroffen. Und wir haben dieses Paket geprüft, diese Vorschläge, die da seitens des Bundesamts gemacht wurden. Daraus ergab sich ein Massnahmenpaket von 80 verschiedenen Massnahmen, die wir dann der Regierung unterbreitet haben. Die Regierung hat davon Kenntnis genommen und wir sind seither an der Umsetzung.

Was ist sonst noch geschehen oder auch in diesem Zusammenhang geschehen? Die Fundaziun Medias Rumantschas ist seit 2020 aktiv als Folgeorganisation der ANR. Und sie erweist einen sehr guten Dienst für die rätoromanischen Medien. Wir haben im Zusammenhang mit dem Begehren von Seiten des Bundesamts für Kultur im Regierungsprogramm 2021 bis 2024 einen Entwicklungsschwerpunkt 5.1 festgelegt, mit dem Namen «Die kantonale Sprachenvielfalt als Chance nutzen und fördern». Und in diesem Rahmen wurden dann die Massnahmenvorschläge etappenweise umgesetzt. Wir haben dann die neue Leistungsvereinbarung mit dem Bund

abschliessen können für die Jahre 2021 bis 2024. Wir haben auch die neuen Leistungsvereinbarungen mit den Sprachorganisationen, mit der Lia Rumantscha, der Pro Grigioni Italiano und der Fundaziun Medias Rumantschas abgeschlossen. Und etwas sehr Wichtiges ist der Stellenantritt des Delegierten der Fachstelle Mehrsprachigkeit. Dieser hat im letzten Frühling mit einem Teilzeitpensum begonnen. Er hatte eine Anstellung in der gymnasialen Schule, in der Klosterschule Disentis, und erst ab August durfte er dann zu 100 Prozent seine Stelle annehmen. Seither ist er sehr aktiv und macht sehr gute Arbeit. Er ist auch im Austausch mit den anderen zweisprachigen Kantonen, Kanton Bern, Fribourg, Wallis, um hier auch von den Erfahrungen dieser Kantone zu profitieren. Und das ist ein fruchtbarer Austausch, den er da pflegt. Er hatte Antrittsbesuche bei allen Departementsvorstehern, und zwar nicht nur Höflichkeitsbesuche, sondern er sagte, was er erwartet von den anderen Departementen. Er hat Antrittsbesuche bei den Amtsleiterinnen und Amtsleitern, bei den Generalsekretärinnen und Generalsekretären und den Leiterinnen und Leitern der kantonalen Anstalten gemacht. Und überall war das Thema: Wie sieht es aus im entsprechenden Amt, im entsprechenden Departement bezüglich der Dreisprachigkeit? Und da, ja, ich möchte nicht sagen, dass diese Besuche nicht so willkommen waren. Aber natürlich, es gab einige Sachen, die halt noch nicht so funktionierten wie es sein sollte in einem dreisprachigen Kanton. Und er hat z. B. bei jeder Amtsstelle auch geschaut, wie sich die Internetseite präsentiert. Und da habe ich so eine Auflistung der verschiedenen Departemente. Grün sind die Internetseiten, die gut sind, gelb so einigermaßen gut und rot noch nicht gut. Und er bleibt da dran, bis alles mindestens gelb, wenn nicht grün ist. Das ist eine seiner Aufgaben, das sind die Internetseiten.

Aber es bleibt nicht bei den Internetseiten, es geht weiter in anderen Bereichen. Zum Beispiel haben sie auch über die Baustellenbeschreibungen beim Tiefbauamt gesprochen. Denn das war auch ein Kritikpunkt, dass der Kanton für sie baute, aber in gewissen rätoromanischen Regionen eben auch nur auf Deutsch und nicht auf Romanisch beschilderte. Es geht weiter mit einem Sprachförderungskodex, den er entwickelt hat, der noch nicht verabschiedet wurde. Das sollte dann einen Regierungsantrag geben, um diesen Sprachförderungskodex zu verabschieden. Bezüglich den Lehrmitteln im Allgemeinen möchte ich jetzt da nichts sagen, ausser dass die Idee entstand, ein dreisprachiges Lehrmittel für Staatskunde auf Sek-Stufe II zu erarbeiten. Und dieses Konzept ist nun in Ausarbeit bei der PH Graubünden. Dann, bezüglich den Sprachkursen für die Verwaltung wurde das auch angeschaut, wie das funktioniert. Da gibt es neuerdings neben den Rumantsch Grischun-Kursen auch Kurse in den Idiomen. Bezüglich den Simultanübersetzungen im Grossen Rat muss ich Ihnen nichts sagen. Das ist Ihre Entscheid, das wird kommen. Wann, weiss ich auch nicht, aber das wird kommen. Das haben Sie so entschieden. Dann sind wir an der Arbeit zusammen mit RTR, Radio Televisioni Rumantscha, Lia Rumantscha und PSR, Pro Svizra Rumantscha, bezüglich verschiedenen Übersetzungs- und Korrekturprogrammen. Vor allem Übersetzungsprogramme. Die sind da in der Test-

phase. Für das Korrekturprogramm hat die Regierung vor kurzem einen Beitrag gesprochen an die PSR, die hier aktiv ist an einem Korrekturprogramm für alle Idiome. Dann haben wir den Bericht der Pädagogischen Hochschule bezüglich der Rekrutierungsstrategie für Lehrpersonen in Romanisch und Italienisch in Auftrag gegeben oder besser gesagt, wir haben ihn jetzt erhalten. Wir müssen ihn auswerten und dann die Schlüsse daraus ziehen, auch bezüglich einem Sprachzentrum, das wir bei der PH einrichten wollen. Und wir werden auch diesbezüglich dann die Entscheide fällen. Bei den privaten Mittelschulen haben wir in den Leistungsaufträgen neue Formulierungen gewählt bezüglich der Förderung des Italienischen und des Rätoromanischen. Wir haben ein Projekt mit der Kantonsschule für Distance E-Learning, bei dem auch private Mittelschulen in einer ersten Phase, und in einer zweiten Phase vielleicht auch andere Schulen, seien es Berufsfachschulen oder andere Schulen, wo es darum geht, dass man online Lektionen besuchen kann, die an einem Ort stattfinden, aber dezentral kann man sich am Unterricht beteiligen. Dann gibt es die Sonderprofessur «Integrierte Mehrsprachigkeit» an der PH Graubünden. Wir wollen, dass diese eine Fortsetzung hat und neue Aufgaben bekommt. Da sind wir dran. Denn uns ist das sehr wichtig, dass die sich noch in vermehrtem Masse etabliert innerhalb der Pädagogischen Hochschule. Dann gibt es die Koordinationsstelle für den Schülerinnenaustausch im Amt für Volksschule und Sport. Und da haben einige daran teilgenommen an diesem Sprachaustausch. Das wollen wir auch in vermehrtem Masse noch fördern. Dann haben wir den Entwurf des Berichts Medien und Medienförderung im Bereich des Italienischen, nachdem wir einen Bericht in Auftrag gegeben hatten bezüglich der gesamten Situation der Medien. Aus dem hat die Regierung dann den Schluss gezogen, dass es eine spezielle Förderung für die italienischsprachigen Medien benötigt. Da haben wir einen Auftrag erteilt. Wir diskutieren jetzt dann bald, wenn die Endfassung dieses Auftragnehmers zu uns kommt. Nachdem eine kleine Vernehmlassung momentan stattfindet, werden wir dann die Schlüsse daraus ziehen und der Regierung unterbreiten. Dann, im Bereich der Digitalisierung arbeiten wir eng zusammen mit der Lia Rumantscha im romanischen Bereich. Das Romanische hat da viel mehr Bedarf als das Italienische, weil wir kein Hinterland haben. Italienisch wird ja bekanntlich nicht nur in einem zusätzlichen Kanton, sondern in einem ganzen Land noch geredet, Romanisch nirgends. Dann sind Kontakte geknüpft worden mit der Marke Graubünden, mit Graubünden Ferien, mit der GKB, mit der RhB und mit dem Kantonsspital bezüglich der Dreisprachigkeit und der Sensibilisierung auch dieser Institutionen. Sie sollen auch alle drei Sprachen verwenden. Es geht noch weiter mit einigen anderen Sachen, wenn ich jetzt auf einzelne Ausführungen zu reden komme, die die Grossräte geäussert haben.

Bezüglich den Verbindlichkeiten, wir sind da dran. Wenn Grossrat Rettich möchte, dass wir genau sagen, dann und dann wird das und jenes umgesetzt: So schnell als möglich. Wir sind überall dran. Und wir schauen schon, dass das rechtzeitig kommt, Schritt für Schritt. Wir haben auch beschränkte Ressourcen, das ist klar.

Aber für uns ist das verbindlich. Und sonst können Sie uns auf die Finger schauen und dementsprechend dann reagieren, falls es nötig ist. Aber es ist wichtig, dass Sie uns jetzt auch arbeiten lassen und dass wir nicht immer nur theoretische Diskussionen führen, sondern dass die Leute, die an der Front sind, auch arbeiten können. Und die machen sehr gute Arbeit. Und ich bin sehr froh ab den Schritten, die wir die letzten Jahre aufgleisen und bereits umsetzen konnten.

Und wenn Grossrat Michael das Manifesto erwähnt hat, da hat es einige Punkte drauf. Einige decken wir ab mit den Aktivitäten, die wir haben. Aber wenn unter Punkt 3 steht «Justiz», ja gut, Sie wählen die Richter. Von daher haben Sie es in der Hand, auch diesbezüglich zu schauen. Dann, es gibt noch andere Punkte, wo es natürlich von jedem Individuum abhängt, ob das Romanische gebraucht wird oder nicht.

Grossrätin Saratz sagt, es sollte so sein, dass jeder sich in seiner Muttersprache an die Verwaltung wenden kann. Das darf jeder und jede. Das ist so. Aber es gibt keine Garantie, wenn die Anfrage nicht schriftlich erfolgt, wenn sie mündlich erfolgt, dass am anderen Ende des Telefons eine Person ist, die alle drei Sprachen kann. Das wäre zu viel verlangt. Wir fördern Sprachkurse auch für Deutschbündner natürlich, die angestellt sind, damit sie Italienisch respektive Romanisch lernen, falls sie es noch nicht gut genug können und umgekehrt natürlich auch. Da sind wir sensibilisiert. Aber das Recht, in einer der drei Amtssprachen eine Eingabe zu machen, das besteht jetzt schon. Und wir haben einen Übersetzungsdienst bei der Standeskanzlei. Es gibt auch Departementsinterne. Wenn es dringend ist, muss man es halt selber machen. Neuerdings gibt es auch Programme, die einigermaßen gut übersetzen, um das Grobe zu verstehen, für diejenigen, die die anderen Sprachen tatsächlich nicht verstehen. Da sind wir auf alle Fälle dran.

Bezüglich den Inseraten, das wurde auch noch erwähnt, die Inserate seien nicht auf Italienisch ausgeschrieben, die Stelleninserate der kantonalen Verwaltung. Das ist wirklich störend. Das war bis jetzt sehr störend. Und das haben wir bereits letztes Jahr thematisiert. Wir haben es dieses Jahr nochmals aufgegriffen. Und ab jetzt sollte das funktionieren, dass Stelleninserate nicht nur für die Mitarbeiter in Soazza und in Brusio, sondern auch die Stellen, die vielen Stellen, die jede Woche per Inserat in der Südostschweiz und in der Quotidiana erscheinen, dass die auch im Grigione Italiano erscheinen. Da haben wir mit dem Vorsteher des Finanzdepartementes, wo das Personalamt auch dazugehört, haben wir kürzlich ein Gespräch gehabt, und das wurde so entschieden.

Nun, ich meine, eine Strategie in dieser Phase ausarbeiten zu wollen, nachdem wir so viel machen und so viel Unterlagen haben, neben den Gesetzen, den Verordnungen, diesen Regierungsbeschlüssen für die verschiedensten Bereiche, der Strategie der Lia Rumantscha, die Strategie der PGI, die Leistungsaufträge mit all den Institutionen, die verpflichtet sind, die Dreisprachigkeit zu verwenden. Es wären verlorene Zeit und verlorene Ressourcen, wenn wir jetzt noch eine Strategie erarbeiten würden. Darum sind wir der Meinung, wir haben eine Strategie und wir empfehlen Ihnen, dass Sie den Vorstoss überweisen und gleichzeitig abschreiben.

Standespräsident Caviezel: Dann frage ich Grossrat Rettich an, ob er sich noch einmal melden möchte, bevor wir dann zur Abstimmung kommen?

Rettich: Geschätzter Regierungsrat Parolini, genau dieses Feuer wünsche ich mir doch in der Sprachenpolitik. Vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Standespräsident Caviezel: Gut, dann kommen wir zur Abstimmung: Wer den Auftrag Rettich betreffend Erarbeitung einer kantonalen Sprachpolitik überweisen und ihn gleichzeitig abschreiben will, der drücke bitte die Taste Plus. Wer ihn nicht überweisen will, drücke bitte die Taste Minus und für Enthaltungen drücken Sie die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben den Auftrag Rettich betreffend Erarbeitung einer kantonalen Sprachpolitik mit 115 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen überwiesen und abgeschrieben.

Abstimmung

Der Grosse Rat überweist und schreibt den Auftrag als erledigt ab mit 115 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Standespräsident Caviezel: Wir behandeln nun die Anfrage von Grossrat Derungs betreffend Hürden für Deponien und Materialabbau. Regierungsrat Jon Domenic Parolini vertritt bei diesem Geschäft die Regierung. Ich frage Grossrat Derungs an, ob er Diskussion wünscht und ob er von der Antwort der Regierung befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt ist.

Anfrage Derungs betreffend Hürden für Deponien und Materialabbau (Wortlaut GRP 2/2022-2023, S. 235)

Antwort der Regierung

Die gesetzlichen Anforderungen für den Materialabbau und für die Deponierung sind im Bundesrecht geregelt. Darüber hinaus sind durch die Behörden die Vorgaben in der Richtplanung sowie in der Nutzungsplanung zu beachten. Die bundesrechtlichen Vorgaben werden im Kanton Graubünden unter Wahrung des grösstmöglichen Handlungsspielraums umgesetzt: Es werden keine über das Bundesrecht hinausgehenden Anforderungen gestellt und die möglichen Handlungsspielräume jeweils zu Gunsten der Nutzungsinteressen ausgenutzt.

Die bundesrechtlichen Vorgaben für die Errichtung und den Betrieb von Deponien sind in der Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA; SR 814.600) festgeschrieben und umfassen u. a. folgende Aspekte: Grundsätzliche Verwertungspflicht; Mindestgrösse von 50 000 m³ für Deponien Typ A; eine Deponie darf nicht in einem überschwemmungs-, steinschlag-, rutschungs- oder besonders erosionsgefährdeten Gebiet errichtet werden. Gemäss kantonalem Richtplan wird eine Entsorgungsautarkie der Regionen angestrebt. Die Region Surselva hat in ihrem regionalen Richtplan vier Subregionen festgelegt,

wobei das Lugnez der Subregion Ilanz – Flims – Lugnez – Vals zugeordnet wird.

Die bundesrechtlichen Vorgaben für die Erteilung einer Bewilligung für die Materialgewinnung aus einem Fliessgewässer ergeben sich aus dem Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG; SR 814.20). Demzufolge darf eine Abbaubewilligung in Fliessgewässern nicht erteilt werden, wenn man dem Fliessgewässer langfristig mehr Geschiebe entnimmt als natürlicherweise zugeführt wird, die Ausbeutung langfristig zu einer Absenkung der Sohle ausserhalb des Abbauperimeters führt oder die Ausbeutung die Erhaltung und Wiederherstellung von inventarisierten Auen verunmöglicht.

Zu Frage 1: Die geforderte Dezentralisierung wird in der behördenverbindlichen Richtplanung bereits berücksichtigt und in der kantonalen Bewilligungspraxis umgesetzt. Zu Frage 2: Die Regierung führte in ihrer Genehmigung zum Richtplan der Region Surselva aus, dass der Materialablagerungsbedarf aus der Gemeinde Lumnezia in den Abbaugebieten im Raum Ilanz abgedeckt werden kann. Es muss deshalb eine Verwertung des Aushubmaterials im Raum Ilanz/Glion angestrebt werden, was angesichts der Umfahrung Ilanz/Glion auch verkehrstechnisch vertretbar ist. Zudem liegt die Deponie Porclas in einem rutschungsgefährdeten Gebiet und die nächstgelegene Deponie mit genügend Kapazität liegt in einer Entfernung von unter zehn Kilometern. Die konkreten Gründe für die kurz- bzw. mittelfristige Einstellung der beiden bisherigen Materialentnahmen aus dem Glenner – jeweils 500 m³ pro Jahr – sind das notorische Geschiebedefizit des Glenner und für die bisherige Entnahmestelle an der Glennerbrücke bei Surin der Umstand, dass diese Entnahmestelle innerhalb der Aue Surin-Lumbrein von nationaler Bedeutung liegt.

Zu Frage 3: Die Regierung wird auch weiterhin die Spielräume im Bundesrecht ausnutzen. Zudem wird ein nachhaltiger Umgang mit Materialressourcen immer wichtiger. Das insbesondere auch von den Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden geforderte Schliessen von Stoffkreisläufen erfordert apparative Ausrüstungen, Know-how, eine hohe Professionalisierung und damit auch eine gewisse Deponiegrösse. Kleine Anlagen können diese Anforderungen nicht erfüllen.

Derungs: Seit fünf Jahren am gleichen Platz... *Heiterkeit.* Wir sind noch nicht am Hockeymatch. Jeu sun mo parzialmein cuntents culla risposta da la Regenza e pretendel discussiun.

Antrag Derungs
Diskussion

Standespräsident Caviezel: Grossrat Derungs wünscht Diskussion. Wird dagegen opponiert? Dies ist nicht der Fall. Somit ist Diskussion nicht bestritten und beschlossen. Grossrat Derungs, Sie haben das Wort.

Diskussion ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Derungs: Diese Anfrage habe ich gestellt, weil in meiner Heimatgemeinde Lugnez in den letzten Jahren laufend

bestehenden Deponien und Materialabbaugebieten gegen den Willen der Betreiber und der Gemeinde die Bewilligung entzogen respektive der Entzug der Bewilligung in Aussicht gestellt wurde.

Vor Ort ist das Unverständnis dazu gross. Wir stehen heute in den Regionen vor der Ausgangslage, dass Bewilligungen für lokale Deponien und Materialabbaugebiete laufend weder erweitert noch verlängert werden. Von neuen Bewilligungen wollen wir gar nicht erst reden. Es verschwinden also laufend lokale Deponien und Materialabbaugebiete, die früher problemlos funktioniert und einen wichtigen Beitrag für die Täler geleistet haben. Und neue lokale Lösungen lassen sich offenbar nicht mehr bewerkstelligen. Das führt dazu, dass Material unnötig im ganzen Kanton hin und her gefahren wird. Das sind unzählige unnötige LKW-Fahrten, welche unnötige Kosten und eine unnötige Belastung der Umwelt zur Folge haben. Permanent ruft die Politik die Bevölkerung dazu auf, sich klimaschonend zu verhalten, und gleichzeitig fördert man durch solche Regelungen die Umweltbelastung. Das ist der Bevölkerung vor Ort nur schwer zu vermitteln. Sollten wir in unserem grossflächigen Kanton und in Zeiten des Klimawandels nicht darauf bedacht sein, LKW-Fahrten möglichst zu vermeiden und das Material möglichst lokal, ohne grossen Transportaufwand zu verwerten?

Die heutige Regelung führt zudem auch zu ungesunden regionalen Monopolstellungen bei Deponiebetreibern. Mit der heutigen Gesetzeslage haben wir einen ökonomischen und ökologischen Irrweg eingeschlagen. Offenbar sind die heutigen gesetzlichen Grundlagen so rigide und/oder praxisuntauglich, dass bei uns in den Tälern keine neuen lokalen Lösungen mehr möglich sind. Wenn die Regierung in der Antwort schreibt, es werden keine über das Bundesrecht hinausgehenden Anforderungen gestellt und die möglichen Handlungsspielräume jeweils zugunsten der Nutzungsinteressen ausgenutzt, dann frage ich mich schon, welchen Spielraum haben wir dann überhaupt noch?

Meine Schlussfolgerung als Aussenstehender aus der Antwort der Regierung ist somit sehr stringenter Gesetzgebungsbedarf, leider einmal mehr auf Bundesebene. Leider haben wir es einmal mehr nicht in der eigenen Hand. Zudem möchte ich noch erwähnen, dass es mir etwas sauer aufstösst, wenn die Regierung in ihrer Antwort suggeriert, es sei die Entscheidung der Region Surselva gewesen, in ihrem regionalen Richtplan keine lokalen Deponien mehr zu definieren. Ich habe mich bei der Region Surselva erkundigt. Die Region Surselva hatte noch weitere Deponien beantragt, unter anderem auch im Lugnez. Diese wurden aber vom Amt respektive am Schluss von der Regierung abgelehnt. Mir geht es nicht darum, zu kritisieren, dass die Regierung diese Deponien nicht bewilligt hat. Das dürfte sie aus rechtlicher Sicht wohl auch nicht. Es geht mir darum, dass die Regierung in ihrer Antwort suggeriert, dass es der Wille der Region Surselva gewesen sei, für die Subregion, welcher auch das Lugnez angehört, nur eine Deponie in Ilanz zu betreiben. Das ist weder der Wille der Region Surselva noch der betroffenen Gemeinde. Die Region Surselva hatte beim regionalen Richtplan schlicht keine andere Wahl.

Und hier komme ich auch zum Punkt, wieso ich mit der Antwort der Regierung nur teilweise zufrieden bin. Es ist die Grundhaltung der Regierung. Die Regierung vermittelt in der Antwort den Eindruck, es sei bei den Deponien und beim Materialabbau alles im grünen Bereich. Die betroffenen Bauherren, das Baugewerbe und auch viele Gemeindevorstände vor Ort empfinden und beurteilen die heutige Situation ganz anders. Daher wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Regierung diesen nicht zufriedenstellenden Zustand in der Antwort klar benennt und anerkannt hätte. Auch wenn es sich um Bundesrecht handelt, ist es trotzdem kein Grund, die Arme zu verschränken und diesen Zustand einfach so hinzunehmen. Aus meiner Sicht geht die heutige Regelung in Bezug auf lokale Deponien und Materialabbaugebiete in die verkehrte Richtung. Die Gesetzgebung ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll. Es besteht dringender Handlungsbedarf, damit die Gemeinden und der Kanton viel mehr Spielraum erhalten und ihre Bedürfnisse im Materialabbau und dessen Deponierung wiederum möglichst lokal und bedarfsgerecht lösen können. Jau hai sarau.

Loi: Das von Kollege Derungs in seiner Anfrage geschilderte Problem im Zusammenhang mit Deponien vom Typus A, sauberem Aushub, ist generell und vor allem in peripheren Gebieten sehr gross. Das Deponieren von sauberem Aushubmaterial ist nur unter Abwicklung sehr aufwändiger Bewilligungsverfahren möglich. Die Deponiegrösse von 50 000 Kubikmetern und mehr ist an gewissen Stellen nicht möglich und entspricht auch nicht einem kurzfristigen Bedarf einer Kleingemeinde. Es sollten auch kleinere Deponiestandorte bewilligt werden. Unter den jetzigen Umständen werden laufend Tausende von Kubikmetern Aushubmaterial aus den Talschaften in zentrale Deponien transportiert und bearbeitetes sauberes Schüttmaterial wieder retour. Ich gebe Ihnen ein kleines Beispiel: Eine Tiefbaubaustelle mit 4000 Kubikmeter Aushubmaterial und entsprechend dann wieder 4000 bis 5000 Kubikmeter sauberes Koffermaterial retour, das gibt ungefähr 800 Lastwagenfahrten à zehn Kubikmetern bei einem Gesamtgewicht von 32 Tonnen. Wenn Sie das über 30 Kilometer einfache Distanz transportieren mit einer Höhendifferenz von zirka 1000 Metern, dann gibt das eine Kilometerfahrleistung von 48 000 Kilometern bei einem Dieselverbrauch von deutlich über 25 000 Litern. An dem habe ich grundsätzlich Freude, aber es ist nicht zielführend.

Es ist völlig klar, dass auch sauberes Aushubmaterial nicht überall deponiert und geeignetes Schüttmaterial abgebaut und aufbereitet werden kann. Es braucht Kontrollen und Ordnung. Das ist gut so. Jedoch könnte mit einer pragmatischeren und flexibleren Beurteilung und Bewilligung von Deponieplätzen ein wesentlicher Teil der anfallenden und wieder benötigten Materialien, vor allem in peripheren Gebieten, in einem näheren Umkreis bewirtschaftet werden. Hinzu kommt die Tatsache, dass Deponieplätze ausschliesslich von privaten Unternehmen betrieben werden. Bei vielleicht einem Dutzend Anbietern dieser Dienstleistungen im ganzen Kanton ist eine gewisse Markt- und Machtkonzentration, vor allem regional, nicht von der Hand zu weisen und führt unwei-

gerlich zu einem eingeschränkten Markt, welchem sich alle andern Anbieter unterzuordnen haben. Zudem ist auch die Kommunikation zwischen den Amtsstellen, speziell zwischen dem Tiefbauamt und dem ANU, verbesserungswürdig. Es kommt in der Praxis oft vor, dass der Austausch zwischen den Amtsstellen überhaupt nicht stattfindet. Das heisst, das Tiefbauamt hat Baustellen, möchte irgendwo deponieren und das ANU schreitet ein und weiss gar nicht, dass eine Baustelle im Gange ist. Also, es wird vorab gar nicht kommuniziert. Deshalb, prüfen Sie diesbezüglich die Abläufe in der Verwaltung und schaffen Sie Möglichkeiten, die Bewirtschaftung von Materialien in peripheren Gebieten zu vereinfachen.

Heini: Der dezentrale Abbau von Material und die dezentrale Deponierung ist für das Bauwesen in unserem weitverzweigten Kanton von grosser Bedeutung. Durch die kurzen Transportwege können Kosten gespart und die Umweltbelastung minimiert werden. Es ist deshalb erfreulich, dass die Regierung in der Antwort schreibt, sie wolle die Spielräume der Bundesvorgaben grösstmöglich ausnutzen. Die in der Antwort ebenfalls erwähnten Stoffkreisläufe sind ein Gebot der Stunde beziehungsweise der heutigen Zeit. Überall, wo möglich, wird diese Idee auch umgesetzt. Sandiges oder kiesiges Erdmaterial wird in den Kieswerken aufbereitet und als Rohstoff für Beton verwendet.

Geologisch bedingt ist in Graubünden das Erdmaterial jedoch überwiegend sehr heterogen, grobkörnig bis felsig. Eine Aufbereitung dieses Materials wäre sehr aufwändig und kostspielig. Es wird deshalb in sogenannten Deponien Typ A entsorgt. Bei neuen Anfragen solcher Erddeponien Typ A sollte der Kanton, sofern die Bundesvorgaben erfüllt sind, innerhalb nützlicher Frist eine Bewilligung erteilen. Und zwar auch, wenn in der Region vielleicht bereits eine solche Deponie vorhanden ist. Das Ziel muss sein, das anfallende Erdmaterial bei Bauvorhaben so nah wie möglich wieder einzubauen oder fachgerecht zu entsorgen. Jeder eingesparte Kilometer Transport ist ein Gewinn für die Umwelt. Der Kanton kann hier mit einer entsprechenden Bewilligungspraxis einen wichtigen Beitrag leisten.

Menghini-Inauen: Die unterzeichnenden Parlamentsmitglieder der Anfrage Derungs betreffend Hürden für Deponien und Materialabbau kommen aus sehr unterschiedlichen Regionen unseres Kantons. Dies zeigt, dass diese Anfrage ein verbreitetes Anliegen anspricht. Vieles wurde bereits von den Vorrednern gesagt und sie verstehen sicherlich auch mehr als ich.

Aber lassen Sie mich auch noch einige Perspektiven aus meiner Region schildern. Die Tatsache, dass es aufgrund bundesrechtlicher Vorgaben sowie aus Gründen des Landschaftsschutzes nicht mehr möglich ist, Rohstoffe aus dem Lago di Poschiavo sowie beim Cambrenadelta auf dem Berninapass abzubauen, hat für das Tal weitreichende Konsequenzen. Dazu möchte ich ganz kurz auf zwei unmittelbare Folgen der Schliessung der beiden soeben genannten Materialabbauanlagen eingehen. Einerseits stehen durch die Schliessung dieser Anlagen nicht mehr genügend Rohstoffe für die Deckung des einheimischen Bedarfs zur Verfügung. Also im konkre-

ten Fall sprechen wir von Sand. In Zahlen bedeutet dies, dass für die Bausaison 2022 rund 6500 Kubikmeter Sand von Pontresina nach Poschiavo transportiert werden mussten. Der Transport dieser Menge erfordert rund 350 Lastwagenfahrten, wie Grossratskollege Loi ausgeführt hat, die habe ich jetzt nicht berechnet. Wie Sie sich aber vorstellen können, stellt dieser zusätzliche Schwerverkehr eine erhebliche Belastung für die Bevölkerung und für die Dörfer dar und ist, es wurde gesagt, weder ökologisch noch wirtschaftlich sinnvoll. Zweitens entstand dadurch ein Anreiz, das fehlende Material aus Italien einzuführen. Die Folge: längere Transportwege, steigende Transportkosten, Verlagerung der Wertschöpfung ins Ausland und nicht zuletzt erhöhtes Schwerverkehrsaufkommen. Im Falle des Val Poschiavo, einem langgezogenen Tal mit komplett fehlenden Umfahrungsstrassen in den Dörfern, ja Dörfern, welche bereits heute und gerade während der Bausaison mit einem massiven Verkehrsaufkommen bereits konfrontiert sind.

Die Regierung erwähnt in ihrer Antwort, dass ein nachhaltiger Umgang mit Materialressourcen immer wichtiger wird. Unter dem Begriff Nachhaltigkeit verstehe ich unter anderem, dass unnötige Transporte von Ressourcen zu vermeiden sind. Aus diesem Grund ist eine Dezentralisierung der Materialabbaustellen und der Deponien ökologisch absolut sinnvoll. Alles andere ist ein Widerspruch zu unseren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anstrengungen, einen Beitrag an den Umweltschutz zu leisten, geschweige denn, die bereits durch andere Faktoren belastete periphere Wirtschaft nicht noch zusätzlich unter Druck zu setzen. In ihrer Antwort sichert die Regierung zu, den Handlungsspielraum in Bezug auf die Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben grösstmöglich auszunutzen und keine über das Bundesrecht hinausgehenden Anforderungen zu stellen. Ich begrüsse diese Aussage und erhoffe mir, dass sie auch konsequent und vor allem pragmatisch zur Anwendung kommt. Es ist mir bewusst, dass die anspruchsvolle Abwägung von Vorschriften sowie politischen, territorialen, gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Ansprüchen eine grosse Herausforderung darstellt. Trotzdem, damit eine soweit möglich eigenständige und unabhängige Versorgung mit Rohstoffen und eine ökologisch sowie wirtschaftlich sinnvolle Bewirtschaftung der Deponien in den Regionen aufrechterhalten werden können, braucht es entsprechende dezentrale Lösungen für Deponien und Materialabbau. Und damit verbunden die Sicherstellung und Bewilligung der entsprechenden Infrastruktur, die einfach und schnell zu erreichen ist.

Sgier: Ich kann die Problematik von Grossrat Derungs nur unterstützen. Für die Gemeinde Lumnezia ist es sehr schwierig, die Materialablagerungsdeponie Porclas, in dem Bericht erwähnt, zu erweitern. Eine Erweiterung kann nur zusammen mit der Anpassung des regionalen Richtplans genehmigt werden, womit mehrere Jahre verstreichen. Die Berücksichtigung der Subregionen führt meistens zu einer Monopolisierung der Deponiebetreiber.

Bei Frage zwei wird darauf hingewiesen, dass die Distanz zwischen der Deponie im Lugnez und der Deponie

Ilanz unter zehn Kilometer liegt. Dies ist so, weil die Deponie Porclas am Ende des Tales, von Chur aus gesehen natürlich, zu Beginn des Lugnezes liegt. Die Strecke zwischen Vrin und der Deponie Ilanz beträgt 24 Kilometer.

Der Geschiebeentnahmestelle wird die Schuld für die Absenkung der Glennersohle in die Schuhe geschoben. Jedoch gibt es auch andere Faktoren. Zum Beispiel die seitliche Lawine, vorderhalb der Aue von nationaler Bedeutung, ist in den letzten Jahren auch nicht mehr bis zur Glennersohle runtergekommen, was eine natürliche Aufstauung des Glenners bedeutete. Ich kann mir kaum vorstellen, dass der Glenner so wenig Geschiebematerial mit sich bringt, wo es auch im hinteren Lugnez Rutschgebiet hat. Für das lokale Gewerbe ist es wichtig, solche Materialabbaustellen und Deponien auch in Zukunft in den Gemeinden zu haben. Jau hai finiu.

Standespräsident Caviezel: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr aus dem Plenum und erteile Regierungsrat Jon Domenic Parolini das Wort.

Regierungsrat Parolini: Nun, die Voten der Grossräte und der Grossrätinnen, die gefallen sind, sind klar. Es wird beanstandet und kritisiert, die Praxis, die wir haben. Und ich wiederhole mich, wenn ich nochmals sage, dass wir den Handlungsspielraum ausnützen, den uns das Bundesrecht ermöglicht. Und wenn Grossrat Derungs sagt, dass bezüglich der Richtplanung die Regionen und die Gemeinden an sich beantragt hätten, auch subregionale Deponien und Abbaugelände festzulegen und dass die Regierung schlussendlich das nicht akzeptiert hat, das mag so sein. Das habe ich nicht nachgeschaut. Ich weiss auch nicht, wann das genau war. Könnte der Präsident der Region vermutlich sogar noch sagen. Aber ich gehe dann davon aus, dass die Regierung es abgelehnt hat, weil es bundesrechtswidrig war und dass wir da keinen Spielraum haben.

Wenn Grossrat Sgier in Frage stellt, wie viel Geschiebe jetzt nachkommt, ob man da noch mehr aus dem Glenner holen kann oder nicht, ich bin nicht Experte, ich weiss es nicht. Jemand kam zum Schluss, dass es nicht möglich ist, da weiter Material zu entnehmen. Das steht halt auch in der Gesetzgebung, was man darf und was nicht. Und die Situation in Poschiavo, ja wir nehmen es zur Kenntnis. Ob man die Bundesgesetzgebung da ändern kann und laschere Vorschriften diesbezüglich ermöglichen kann, ich weiss es nicht. Und wenn gesagt wird, dass zwischen dem Tiefbauamt und dem ANU die Abläufe nicht koordiniert sind, dann nehmen wir das einmal so zur Kenntnis und überprüfen, ob dies wirklich der Fall ist oder ob hier noch andere Argumente eine Rolle gespielt haben. Aber danke für die Diskussion und die Stellungnahmen.

Standespräsident Caviezel: Danke Herr Regierungsrat. Noch eine Mitteilung zum heutigen Abend: Wenn die Busse wieder hier in Chur angekommen sind, wird das Grossratsgebäude noch einmal geöffnet werden. Sie können also alle Ihre Sachen, die Sie in Davos nicht brauchen, hier zurücklassen und sie dann, je nach dem, wann wir wieder zurück sind, hier abholen.

Ich beende nun die Debatte und möchte Sie bitten, dass Sie spätestens, wirklich aller spätestens um 15.20 Uhr in den Bussen sind, damit wir dann abfahren können. Damit haben Sie jetzt noch 25 Minuten Zeit, sich umzuziehen, wenn Sie das wünschen, und um 15.20 Uhr fahren wir ab.

Schluss der Sitzung: 14.55 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Tarzsius Caviezel

Der Protokollführer: Patrick Barandun